

Worben, 03. März 2023

Parolenfassung der SD-Geschäftsleitung vom 31. Januar 2023 für die kantonalen Volksabstimmungen vom 12. März 2023:

Ja zur Änderung der Kantonsverfassung (Stellung und Kompetenzen Justizbehörden)

Mit dieser Verfassungsänderung soll die Unabhängigkeit der kantonalen Justizorgane sichergestellt werden. Regierung und Parlament wären demnach nicht befugt, der Judikativen Weisungen zu erteilen, was die Gewaltentrennung als solches stärkt. Zudem will man die Staatsanwaltschaft den übrigen Gerichtsbehörden gleichstellen. Mit dieser Vorlage geht es letztlich nur darum, die bisher lediglich auf Gesetzebene verankerte Regelung neu auch in der Kantonsverfassung festzuschreiben. Es wurde die Ja-Parole beschlossen.

Ja zur Änderung der Kantonsverfassung (Unvereinbarkeitsregeln Mitglieder Grosser Rat)

Mit dieser Verfassungsänderung soll der Weg geebnet werden, die aktuelle strikte Unvereinbarkeitsregelung punktuell lockern zu dürfen. Daher könnten etwa Angestellte der Kantonsverwaltung ohne strategisch-betriebswirtschaftliche Befugnisse zukünftig ebenfalls dem Grossen Rat angehören. Bisher mussten sich diese Personen zwischen der beruflichen Tätigkeit und dem Mandat entscheiden. Mit dieser Vorlage beschliesst man noch keinerlei konkrete Änderungen. Solche lassen sich dann erst in einem zweiten Schritt auf Gesetzebene festschreiben. Die Schweizer Demokraten (SD) halten fest, dass jegliche Kaderangestellten genauso weiterhin keine Parlamentsfunktion innehaben sollten. Ansonsten wäre die Unabhängigkeit der Ratsmitglieder nicht mehr gewährleistet. Mit der Änderung der Kantonsverfassung sind die SD jedoch einverstanden und haben deshalb die Ja-Parole gefasst.

Nein zum Baukredit für die Verkehrssanierung Aarwangen

Mit diesem Baukredit von 97,8 Millionen Franken will man unter anderem eine Umfahrungsstrasse finanzieren, welche das Dorf Aarwangen vom Durchgangsverkehr entlasten sollte. Diese Strasse führt jedoch durch ein schützenswertes Naherholungsgebiet, welches etliche seltene Tier- und Pflanzenarten beheimatet. Es handelt sich um ein sogenanntes Smaragdgebiet, ein vom Bund anerkanntes Ökosystem. Basierend auf der Berner Konvention verpflichtet sich die Politik, solche Naturräume vor Verschlechterungen zu bewahren. Dieser Grundsatz würde mit dem vorliegenden Projekt verletzt. Für die Schweizer Demokraten (SD) beinhaltet die Verkehrssanierung Aarwangen keinerlei nachhaltige Aspekte, zumal auch Kulturland geopfert werden müsste. Es ist ein Wachstumsbegehren in Reinform und erhöht lediglich das gesamte Verkehrsvolumen im Grossraum Langenthal. Die vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen können den Verlust für Natur und Landwirtschaft nicht wettmachen, denn gewohnheitsgemäss folgen nach der Annahme eines solchen Projekts weitere Forderungen. Zur Vorlage wird die Nein-Parole beschlossen.

Nein zum Baukredit für die Verkehrssanierung Burgdorf-Oberburg-Hasle

Mit diesem Baukredit will man verschiedene Massnahmen realisieren, welche Burgdorf, Oberburg und Hasle spürbar vom Verkehr entlasten sollten. Der dafür vorgesehene Betrag von 313,9 Millionen Franken ist jedoch vollkommen verantwortungslos, zumal sich der Kanton Bern aufs Neue in einer zutiefst angespannten finanziellen Lage befindet. Ein Abbau im Sozial- und Gesundheitswesen wäre unausweichlich. Zudem beeinträchtigt der Bau eines Umfahrungstunnels in Oberburg den Grundwasserstrom, was Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung haben könnte. Allenfalls bliebe sogar der Wasserstand der Emme davon nicht verschont. Eingriffe in Ökosysteme verletzen aber jegliche Nachhaltigkeit. Genauso müsste mit der gesamten Verkehrssanierung Kulturland geopfert werden. Für die Schweizer Demokraten (SD) überwiegen die Nachteile, wobei etwa die Vorkehrungen im bestehenden Strassennetz von Burgdorf sinnvoll und nötig wären. Man beschliesst zur Vorlage die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident